

Andreas Wirsching

Eldorado oder Dilemma? Diktaturforschung heute

Dafür, dass es sich lohnt, über die Perspektiven der Diktaturforschung neu nachzudenken, lassen sich viele Gründe anführen. Sie alle beruhen indes auf einer Erfahrung, die wohl jeder Einzelforscher macht: Sowohl für Politik- wie für Geschichtswissenschaftler hat sich das Spektrum der möglichen Untersuchungsgegenstände sprunghaft erweitert. Zugleich sind neue Quellen zugänglich geworden, die internationale Forschung blüht, und es vergeht kein Jahr, in dem nicht substanzelle Neuerscheinungen zu verzeichnen sind. Das bedeutet: Der empirisch abgesicherte Kenntnisstand wächst ebenso wie die Zahl der Variablen. Wer sich in dieses Eldorado der Forschung hineinstürzt, wird jedoch spätestens dann mit einem Dilemma konfrontiert, wenn er versucht, über den eigenen empirischen Gegenstand hinaus zu theoretisch informierten und allgemeineren Aussagen zur Geschichte und Praxis „der“ Diktaturen vorzustossen. Denn nach wie vor mangelt es an unumstrittenen, theoriegeleiteten Kategorien und Modellen „mittlerer Reichweite“, die einen kohärenten vergleichenden Zugriff ermöglichen. Anders formuliert: Je mehr sich das empirische Dorado der Forschung ausbreitet, desto schmerzhafter machen sich die Probleme der Diktaturforschung bemerkbar, den historischen oder politischen Gegenstand über den individuellen Fall hinaus zu erforschen, zu begreifen und nachvollziehbar zu ordnen.

Dabei ist Diktaturforschung aktueller denn je, nicht nur weil die Zahl der nichtdemokratischen Regime gegenwärtig wieder ansteigt, sondern auch weil das 20. Jahrhundert wie kein anderes von der Wirkung, der Wucht und der Gewalt diktatorischer Regime geprägt war. Daher bleiben die klassischen Gegenstände der europäischen Diktaturgeschichte eine dauerhafte historiographische Herausforderung. Antriebskräfte und Voraussetzungen, Funktionsmechanismen, Folgen und Opfer von Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus, aber auch der autoritären Regime in Spanien, Portugal und Griechenland ziehen regelmäßig das Interesse der Forschung auf sich. Neue Generationen stellen neue Fragen an bekannte Gegenstände. Zugleich werden neue Quellenbestände entdeckt oder überhaupt erst zugänglich.¹

¹ Für die Holocaustforschung vgl. die auf 16 Bände angelegte Edition Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, hrsg. von Susanne Heim u. a., München/Berlin 2008–2020.

Verstärkt wird dieses Interesse durch einen anderen, aktuellen Faktor: Auch dreißig Jahre nach dem Ende des Kommunismus hat das neue Europa keinen gemeinsamen Modus der Erinnerung an „das Zeitalter der Extreme“ und seine Diktaturen gefunden. Im Gegenteil: Wie sich das kollektive Gedächtnis Europas im Spannungsfeld von Kommunismus und Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und nationaler Identität, Massenverbrechen und Kollaboration jeweils konstituiert beziehungsweise konstituieren soll, ist zu einer Streitfrage ersten Ranges geworden. Die jüngsten Entwicklungen in Polen und Ungarn repräsentieren eine gefährliche und in dieser Form unerwartete nationalistische Einführung des Gedächtnisses. Wie immer zeichnen sich derartige Konstruktionen durch die ideologische Verknüpfung von Heroisierung und Selbstviktimisierung aus. Solche geschichtspolitischen Modelle entstehen vor allem in jenen ost-(mittel)europäischen Staaten, auf deren Territorium sich das durch die nationalsozialistische Diktatur entfesselte Inferno des Zweiten Weltkriegs hauptsächlich zutrug und wo sich im Rückschlag kommunistische Diktaturen etablierten. In der Ukraine etwa ist die Nation gespalten über der Frage, welches historische Gedanken Stepan Banderas nationalistisch-kollaborationistischer Partei Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gebührt. Ähnliche erinnerungskulturelle Probleme, nicht zuletzt im Hinblick auf die Frage der Kollaboration im Holocaust, stellen sich zum Beispiel auch in Litauen – und im Kern in fast jeder der betroffenen Gesellschaften.

Anders, wenngleich ebenfalls problematisch, verläuft der erinnerungskulturelle Diskurs in jenen postdiktatorialen Gesellschaften, die vom Zweiten Weltkrieg nicht direkt betroffen waren, wie etwa in Spanien. Der gesetzlich normierte „Pakt des Schweigens“ mag den Übergang vom Franco-Regime zur Demokratie kurzfristig erleichtert haben; dies allerdings um den Preis des langfristigen Überdeckens der Spaltungen und des Ignorierens der Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur.² Der historischen Diktaturforschung ist am Ende beides abträglich: die geschichtspolitische Ideologisierung der Geschichte ebenso wie die politisch motivierte Amnesie.

² Vgl. hierzu im befürwortenden Sinne Omar G. Encarnación, Reconciliation after Democratization. Coping with the Past in Spain, in: Political Science Quarterly 123 (2008), S. 435–459. Für eine interessante kritisch-vergleichende Analyse der Problematik vgl. Oxana Shevel, The Politics of Memory in a Divided Society. A Comparison of Post-Franco Spain and Post-Soviet Ukraine, in: Slavic Review 70 (2011), S. 137–164.

Hier wie im Allgemeinen gilt: Die Geschichtswissenschaft darf sich nicht dazu missbrauchen lassen, zur Lieferantin nationaler oder anderer Identitätskonstruktionen zu werden. Geschichte als Wissenschaft und das kulturelle Gedächtnis, *historia* und *memoria*, sind sachlich und methodisch strikt zu unterscheiden. Damit wird keinem naiv-scientistischen Objektivismus das Wort geredet; vielmehr müssen die unvermeidlichen Standort- und Zeitabhängigkeiten der Forschung stets reflektiert und kenntlich gemacht werden.

Ein weiterer Grund für das nachhaltige Interesse an der Diktaturforschung ergibt sich daraus, dass die Diktaturen außerhalb Europas zunehmend in das Blickfeld von Politikwissenschaft und Zeitgeschichtsforschung rücken. Die Zahl der im weltweiten Maßstab zumindest potenziell relevanten autoritären und diktaturartigen Regime war und ist immens. Der Bedeutungsgewinn des „globalen Südens“ korrespondiert mit der Abkehr von eurozentrischen Sichtweisen. Die entsprechenden Erweiterungen einer sich internationalisierenden Wissenschaft haben die epistemologischen Grundlagen und kommunikativen Rahmenbedingungen für eine vergleichende Diktaturforschung seit 1991 massiv verändert.

Wir beobachten also eine dreifache Intensivierung der Diktaturforschung: Die Geschichte der europäischen Diktaturen, mit den nationalsozialistischen und kommunistischen Massenverbrechen an der Spitze, bleibt ein Stachel im Fleisch der menschlichen Zivilisation und wirft auf der Basis neu hinzukommender Quellen immer wieder neue Fragen auf. Zugleich wird diese Geschichte so stark in die erinnerungskulturellen Debatten hineingezogen wie selten zuvor. Hinzu tritt mit der Globalisierung und ihren disziplinären Rückwirkungen die schier unabsehbare Vervielfältigung der Gegenstände einer modernen Diktaturforschung.

Was nun auf den ersten Blick wie ein Dorado der modernen Forschung aussieht, wirft bei genauerem Hinsehen doch eher zusätzliche Probleme auf. Schon ein kurzer Blick in die Forschung zeigt, dass die bekannten konzeptionellen Herausforderungen der Diktaturforschung trotz der exponentiellen Steigerung ihres Outputs bestehen bleiben, ohne dass sich sogleich neue, geschweige denn bahnbrechende Erkenntnisse ergeben. Im Folgenden werden hierzu einige Überlegungen angestellt.

1. Bilanz

Die größten konzeptionellen Fortschritte dürften im Bereich der vergleichenden Faschismusforschung erzielt worden sein. Vor allem in den 1990er und 2000er Jahren rehabilitierte die internationale Forschung das Konzept eines generischen Faschismusbegriffs. Teilweise anknüpfend an die seinerzeit bahnbrechende Studie von Ernst Nolte über den „Faschismus in seiner Epoche“ (1963), trugen zunächst vor allem angelsächsische Forscher zu einer Neubewertung bei.³ Dem Trend folgten bald auch italienische und deutsche Autoren.⁴ Und es ist kein Zufall, dass empirisch vergleichende Arbeiten in diesem Feld substantielle Erkenntnisse erbracht haben.⁵ Im Ergebnis hat sich ein differenzierter Forschungsstand etabliert. Während frühere „klassische“ Autoren wie Renzo de Felice, Hannah Arendt oder Karl Dietrich Bracher die Unterschiede betonten, arbeiteten die neueren Forschungen das europäisch Übergreifende und Gemeinsame der in Rede stehenden Regime und Bewegungen heraus.

Das gilt auch für die Gretchenfrage, inwieweit der Rassenantisemitismus ein Spezifikum des deutschen Nationalsozialismus war. Insgesamt zeichnet sich heute ein Bild ab, das zum einen die rassis-

³ Vgl. Roger Griffin, *A Fascist Century*, Basingstoke 2008; ders., *Modernism and Fascism. The Sense of a Beginning under Mussolini and Hitler*, New York 2007; Arnd Bauerkämper, *Der Faschismus in Europa 1918–1945*, Stuttgart 2006; Robert O. Paxton, *Anatomie des Faschismus*, München 2006; Michael Mann, *Fascists*, Cambridge 2004; Stanley Payne, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, München 2001 (englische Ersterscheinung 1995); Jerzy W. Borejsza, *Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa*, Frankfurt a. M. 1999; Arnd Bauerkämper, *Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945*, Göttingen 1991.

⁴ Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, München 2014; Emilio Gentile, *Fascismo di pietra*, Rom 2007; Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*, Köln 2002; Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

⁵ Vgl. MacGregor Knox, *Common Destiny. Dictatorship, Foreign Policy, and War in Fascist Italy and Nazi Germany*, Cambridge 2000; Reichardt, *Kampfbünde*. Vgl. auch: Wolfgang Schieder, *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland*, Göttingen 2008; Wolfgang Schivelbusch, *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939*, Frankfurt a. M. 2008.

tischen und antisemitischen Elementen des italienischen Faschismus weitaus stärker hervorhebt, als dies früher üblich war. Der Exkulpationserzählung, wonach der italienische Faschismus mit dem rassistischen Entwurf des NS-Regimes im Kern nichts zu tun gehabt habe, wird damit der Boden entzogen.⁶ Zum anderen rücken damit Rassismus und Antisemitismus auch als gemeinsame Phänomene in den Mittelpunkt.⁷ So zeigt etwa die große Edition zur „Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland“ gerade diese gesamteuropäische Dimension von Antisemitismus und Holocaust. Zugleich unterstreicht sie aber auch, dass die Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg zuallererst ein singular deutsches Staatsverbrechen war. Jede ihrer einzelnen Etappen unterlag dem systematischen politischen Willen und der administrativen Steuerung durch die NS-Diktatur.⁸ Dies bleibt letztendlich der konzeptionelle Stachel jeder Faschismusforschung: Der Holocaust und seine Ursachen sind ein Explanandum, das sich durch einen generischen Faschismusbegriff nicht einebnen und ohne die Berücksichtigung deutscher Spezifika nicht bearbeiten lässt.

Wenn also durchaus von einem konzeptionell-theoretischen Fortschritt der Faschismusforschung gesprochen werden kann, so gilt Gleicher nicht für den weiteren Maßstab der Diktaturforschung. Schon der genaue Inhalt des Begriffs „Diktatur“ muss in dem Maße umstritten bleiben, in dem er politisch-weltanschauliche Kontroversen zuspielt und als begrifflicher Container unterschiedliche Inhalte transportiert. Dabei war und ist ihm in seiner generischen Bedeutung, so wie

⁶ Vgl. Paul Corner, Italian Fascism: Whatever Happened to Dictatorship?, in: *The Journal of Modern History* 74 (2002), S. 325–351. Vgl. insbesondere Michele Sarfatti, *Die Juden im faschistischen Italien. Geschichte, Identität, Verfolgung*, Berlin 2014 (italienische Ersterscheinung 2007); Schlemmer/Woller (Hrsg.), *Faschismus*; Thomas Schlemmer/Hans Woller, *Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945*, in: *Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 165–201. Als eine wichtige regionalhistorische Untersuchung Enzo Collotti (Hrsg.), *Razza e fascismo. La persecuzione contro gli ebrei in Toscana (1938–1943)*, 2 Bde., Rom 1999.

⁷ Vgl. Götz Aly, *Europa gegen die Juden 1880–1945*, Frankfurt a. M. 2017; Thomas Schlemmer/Hans Woller, *Essenz oder Konsequenz? Zur Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus für den Faschismus*, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), *Faschismus*, S. 123–144; Frank-Rutger Haumann, Louis-Ferdinand Céline et Karl Epting, Brüssel 2008; Philipp Wascher, *Louis-Ferdinand Céline und Deutschland. Rezeptionsgeschichte der Jahre 1932–1961*, Berlin 2005.

⁸ Vgl. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden.

er auch in den Beiträgen dieses Bandes verwendet wird, der Aspekt des Vergleichs zumindest implizit eingeschrieben. Lange Zeit allerdings blieb der damit verbundene Erkenntnisanspruch festgenagelt im Prokrustesbett der jeweiligen Zeiterfahrung. Paradigmatisch hierfür ist die deutsche Geschichts- und Politikwissenschaft, die nach 1945 ganz ihren berühmten Exilanten Hannah Arendt und Carl J. Friedrich folgte und im Banne der Totalitarismustheorie verharrte. Schon für den empirischen Vergleich zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus war der Wert der Theorie begrenzt.⁹ Insbesondere hatte die postulierte Wesensgleichheit zwischen den totalitären Regimen konkrete Folgen für die Verhältnisbestimmung von Tätern und Opfern. Für Hannah Arendt etwa ergab sich die Wesensgleichheit der totalitären Regime insbesondere daraus, dass ihnen ein gleichartiges ideologisches Axiom zugrunde lag: das Axiom nämlich, die Geschichte folge quasi natürlichen Gesetzen. Aus dieser Sicht gab es in der Regimewirklichkeit auf der einen Seite die „Vollstreckter der Ideologie“ – gemäß vorgeblicher „Gesetze“ – und auf der anderen Seite die Opfer dieser Vollstreckung, das heißt die Opfer des ideologisch begründeten Terrors.

Solche eindeutigen Täter-Opfer-Dichotomien tragen immer die Gefahr der politischen Instrumentalisierung in sich. Insbesondere den deutschen Konservativen und deren Vertretern einer antiliberalen Tradition erlaubte es die Totalitarismustheorie, sich relativ geräuschlos in die demokratische Realität der Bundesrepublik zu fügen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen historischen Rolle im Nationalsozialismus wurde durch die Neu-Konstruktion des bereits etablierten antikommunistischen Feindbildes ersetzt.¹⁰ Politisch diente daher die

⁹ Hier ist nicht der Ort, ein ausführlicheres Resümee über Geschichte und Probleme der Totalitarismustheorie zu ziehen. Als knapper Überblick, der den Umbruch von 1989/1991 mitreflektiert, vgl. Bernd Faulenbach, Zum Umgang mit dem Totalitarismus-Begriff vor und nach 1989, in: Lucia Scherzberg (Hrsg.), „Doppelte Vergangenheitsbewältigung“ und die Singularität des Holocaust, Saarbrücken 2012, S. 113–133.

¹⁰ Vgl. Andreas Wirsching, Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur 1917–1945, in: Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 15–28; vgl. zudem Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.

Totalitarismustheorie in der frühen Bundesrepublik auch als Instrument zur Selbstviktimisierung der Deutschen. Die in jüngster Zeit zu beobachtende, vor allem in Ostmitteleuropa und durch geschichtspolitische Initiativen der Europäischen Union betriebene Renaissance einer vergröberten Totalitarismustheorie dient demselben Zweck: die Geschichte der eigenen Nation mit der Würde des (unschuldigen) Opfers aufzuwerten, sie damit zu entdifferenzieren und politisch-moralisch zu vereinheitlichen.¹¹

Diese neuere geschichtspolitische Tendenz, wie sie etwa besonders plakativ im „Haus des Terrors“ in Budapest zutage tritt,¹² ist umso irritierender, als die historische Forschung längst über die entsprechenden Problemfelder der Totalitarismustheorie hinweggeschritten ist. Mit der Kritik an ihr verband sich seit den 1970er Jahren die Aufwertung individualisierender Methoden. So wurde im Hinblick auf die kommunistischen Diktaturen darauf hingewiesen, dass die Totalitarismustheorie mit ihrem strukturanalytischen Verfahren zur methodischen Starrheit neige. Sie sei daher nicht in der Lage, den historischen Wandel zu erfassen, dem doch die kommunistischen Diktaturen im poststalinistischen Zeitalter ganz offenkundig unterlagen.¹³ Umgekehrt implizierte die Aufwertung des Faschismusbegriffs als wissenschaftliches Analyseinstrument vergleichende Studien zu den „faschistischen“ Diktaturen, die sich vom Totalitarismusparadigma dezidiert absetzten.¹⁴ Insbesondere erlaubte dies die empirische Konzentration auf Prozesse und Voraussetzungen des einzelnen historischen Gegenstandes, das heißt: der deutschen und italienischen Diktaturen sowie der in einen erweiterten Faschismusbegriff aufgenommenen autoriti-

¹¹ Vgl. hierzu demnächst Andreas Wirsching, Totalitarismustheorie und europäische Erinnerungspolitik, in: Volkhard Knigge (Hrsg.), *Verbrechen begreifen. Nationalsozialismus, institutionalisiertes Gedächtnis und historisches Lernen nach der Zeitgenossenschaft*, Göttingen 2019 (im Druck).

¹² Kritisch hierzu vgl. z. B. Magdalena Marsovszky, Verfahren der Anamnesis. Das Haus des Terrors in Budapest, 4. 6. 2008, <http://www.hagalil.com/archiv/2008/06/ungarn.htm> [23. 7. 2018].

¹³ Paradigmatisch vgl. Peter C. Ludz, Totalitarismus oder Totalität? Zur Erforschung bolschewistischer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme, in: *Soziale Welt* 12 (1961), S. 129–145; Peter C. Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismus-Forschung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2 (1961), S. 319–348.

¹⁴ Vgl. insbesondere Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; Payne, *Geschichte. Wichtige vergleichende deutsch-italienische Studien* vgl. Knox, *Destiny; Reichardt, Kampfbünde*.

tären Regime. Einzelstudien befassten sich mit der Rolle der traditionellen Eliten, den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Wirkungen der Diktatur sowie der Analyse des jeweiligen Herrschaftsapparates.¹⁵ Insofern lässt sich die Geschichtsschreibung der Diktaturen während der 1970er und 1980er Jahre als parallele Arbeit im Sinne einer individualisierenden Forschung begreifen. In dieser Phase wurden große empirische Fortschritte erzielt sowie unser Wissen und Verständnis von den politischen, sozialen und auch kulturellen Herrschaftsmechanismen der Diktaturen in Europa stark erweitert.¹⁶

Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus lautete das Thema der Stunde „Vergleichende Diktaturforschung“. Verlockend schienen vor allem die neuen Möglichkeiten des Quellenzugangs. Die Geschichte der kommunistischen Diktaturen, insbesondere auch der DDR, ließ sich erst jetzt empirisch erforschen. Aber auch im Hinblick auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs und die Geschichte der von Deutschland besetzten Gebiete in Osteuropa öffneten sich Archive, und die Forschung erfuhr einen ungeahnten Aufschwung. Die vorübergehend geäußerte Befürchtung, die Geschichte der NS-Diktatur könnte vor lauter „Begeisterung“ über die Entdeckung der DDR in den Hintergrund treten, bestätigte sich nicht.

Wieweit dieser neue Anlauf zur Diktaturforschung, der insbesondere in Deutschland durch erhebliche Mittelzuweisungen ausgestattet war,¹⁷ in theoretisch-konzeptioneller Hinsicht zu neuen Ergebnissen geführt hat, bleibt allerdings fraglich.¹⁸ Seit 1990 ist ein enormer Out-

¹⁵ Vgl. die damaligen Forschungsüberblicke Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München 2009 (erstmals 1979).

¹⁶ Vgl. z. B. Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, Wiesbaden 2007 (erstmals: München 1969); Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze zum 60. Geburtstag, hrsg. von Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod, Reinbek 1991; Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980. Zu Italien vgl. Emilio Gentile, Storia del partito fascista 1919–1922. Movimento e milizia, Rom 1989.

¹⁷ Man denke etwa nur an das Sonderprogramm „Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts“ der Volkswagen-Stiftung oder an die Gründung ganzer Forschungsinstitute mit dieser Thematik in Dresden und Potsdam.

¹⁸ Vgl. etwa: Klaus-Dietmar Henke, Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Eine Bilanzkonferenz des Hannah-Arendt-Institutes mit der Volkswagen-Stiftung in Dresden 8.–10.4.1999, in: Politische Vierteljahresschrift 40 (1999), S. 473–478.

put an empirischen Studien zur Geschichte der Diktaturen zu verzeichnen, und es besteht kein Zweifel, dass die allermeisten von ihnen unseren Kenntnisstand substantiell erweitert haben. Dies gilt namentlich für die DDR sowie Ost- und Südosteuropa, wo nach 1989 viele Quellen erstmals zugänglich wurden. Und – um die Dinge gewissermaßen noch weiter zu verkomplizieren – es entstand im Windschatten des Umbruchs von 1989 und 1991 eine neue Forschungsrichtung, die sich der „Transformation“, das heißt dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie in den postkommunistischen Staaten widmete.

Mehr als zwei Jahrzehnte später tritt das Dilemma der Diktaturforschung indes deutlich zutage. Zwar steht der empirische Ertrag einer geradezu exponentiell angestiegenen internationalen Einzelforschung außer Frage, aber im Hinblick auf eine systematische Kategorien- und innovative Modellbildung haben diese Studien verhältnismäßig wenig Neues erbracht. So bemühte sich die zunächst als politikwissenschaftliche Subdisziplin firmierende Transformationsforschung unter Auswertung eines wachsenden empirischen Materials nachhaltig darum, neue Typologien zu erstellen, die über die klassischen Modelle von Juan J. Linz, Barrington Moore und anderen hinausgingen. Ein Referenzaufsatz aus dem Jahr 1999 unterschied etwa drei Typen von Diktaturen (oder autoritären Regimen): Im Typus des „persönlichen Regimes“ liege die Macht demzufolge in der Hand einer Person, im Typus des „militärischen Regimes“ dagegen in der Hand einer kleineren Gruppe von hohen Militärs (*Junta*). Davon zu unterscheiden seien die „Einparteien-Regime“, in denen eine einzige Partei die Macht monopolisiere.¹⁹

Diese Klassifikation zeichnet sich nicht gerade durch besondere Originalität aus, und tatsächlich besteht das Ergebnis der verstärkten systematischen Bemühungen der Politikwissenschaft in ebendem, was Gustav Lidén festhielt:

„It is not always possible to fit regimes into theoretically based typologies. Therefore, mixed versions [...] are sometimes required. There could also be cases where especially the sub-types risk overlapping each other.“²⁰

¹⁹ Barbara Geddes, What Do We Know About Democratization After Twenty Years? In: Annual Review of Political Science 2 (1999), S. 115–144, hier S. 121 und *passim*.

²⁰ Gustav Lidén, Theories of Dictatorship. Reviewing the Literature, <https://pdfs.semanticscholar.org/6a2c/940331f9533e8958fe86b8becb5caa35be01.pdf> [23.7.2018], S. 6.

Eine entsprechende Möglichkeit bietet die in der politikwissenschaftlichen Forschung entwickelte Kategorie der „hybriden“ Systeme oder Regime. Damit sind neue Übergangs- und Mischformen zwischen Parteiherrenschaft, Autoritarismus und demokratischen Elementen gemeint, die ein Spezifikum der neueren globalen Entwicklungen darstellen. Zu denken ist etwa an den „elektoralen Autoritarismus“ afrikanischer Staaten oder an das chinesische Modell mit einer nach wie vor autoritären Parteiherrenschaft bei weitgehender Liberalisierung des Marktes.²¹ In jüngster Zeit lassen sich autokratische Tendenzen in einer Vielzahl von Staaten weltweit beobachten, in denen die demokratischen Institutionen und bürgerlichen Freiheiten schrittweise ausgeschaltet werden, um die personalisierte Macht einer zentralen, meist demokratisch legitimierten Führungsfigur und seines Gefolges auszubauen: Recep Tayyip Erdoğan, Wladimir Putin, Victor Orban und viele weitere „starke Männer“ vereint, dass sie in Anbetracht der Komplexität einer globalisierten Welt und der Umständlichkeit demokratischer Abläufe klare Richtungsanweisungen und Ordnungsvisionen anzubieten scheinen. Auch auf Grund der permanenten Dynamik des Untersuchungsgegenstandes können die typologischen Anstrengungen in der Politikwissenschaft noch keinen Konsens für sich beanspruchen.

Gleiches muss indes für die vergleichende historische Diktaturforschung konstatiert werden, denn auch sie ist in den vergangenen drei Jahrzehnten merkwürdig blass geblieben. So untersuchte ein für sich genommen höchst verdienstvolles vergleichendes Forschungsprojekt breitflächig jene parlamentarisch-demokratischen Systeme, die sich zunächst in autoritäre Regime umformten, bevor sie ab 1939 dem totalitären Expansionismus Deutschlands oder der Sowjetunion zum Opfer fielen. Ziel dieser „Präsidial“- oder „Königs“-Diktaturen war es primär,

²¹ Siehe etwa Gero Erdmann/Christian von Soest, Diktatur in Afrika, in: GIGA-Focus 8 (2008), S. 1–8, online verfügbar unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_0808.pdf [8. 10. 2018]. Ferner vgl. zu den in der Politikwissenschaft diskutierten „hybriden Regimen“ Larry Jay Diamond, Thinking About Hybrid Regimes, in: Journal of Democracy 13 (2002), S. 21–35, online verfügbar unter <http://www.asu.edu/courses/pos350/diamond--Thinking%20about%20Hybrid%20Regimes.pdf> [8. 10. 2018]; Friedbert Rüb, Hybride Regime. Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begegnungs- und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert Rüb (Hrsg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen 2002, S. 93–118.

in den betreffenden Ländern ihren erst am Ende des Ersten Weltkriegs erreichten staatlichen Rang zu sichern. Äußere Bedrohungen und innerer (Parteien-)Zwist rechtfertigten aus der Sicht von Diktatoren wie Józef Piłsudski in Polen, Antanas Smetona in Litauen oder Konstantin Päts in Estland auch den offenen Verfassungsbruch, um einen starken nationalen Staat und eine gesellschaftliche Geschlossenheit zu erreichen. „Durch weitgehende Ausschaltung der Parteien [...] und durch Bündelung der Kräfte unter einem charismatischen Führer sollte der Staat in die Lage versetzt werden, die inneren Krisen zu meistern und seine Selbständigkeit [...] zu verteidigen.“²²

Dieses Resümee charakterisiert treffend das Dilemma der neueren historischen Diktaturforschung. Denn die genannten Kriterien und Merkmale ließen sich ohne Weiteres auch für einen generischen Faschismusbegriff, am Ende vielleicht sogar für jede Diktatur verwenden.²³ Dass die ostmitteleuropäischen „Führer“ aufgrund der fragilen Situation der dortigen Demokratiegründungen und der katastrophischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg in der kollektiven Erinnerung ihrer Länder ein politisch-moralisch besseres Bild abgeben als Mussolini oder Hitler,²⁴ ist für sich genommen noch kein Beitrag zu einer theoriegeleiteten und zugleich historisch-empirisch fundierten Modellbildung. Was die Definition der Merkmale und die zugrunde gelegten Modelle betrifft, orientierte sich das genannte Projekt über Ostmittel- und Südosteuropa denn auch *expressis verbis* an den traditionellen Modellen von Juan J. Linz und Karl Dietrich Bracher.²⁵ Tatsächlich kann man fragen, welche im engeren Sinne „neuen“ Kriterien und Aspekte für einen differenzierten Diktaturbegriff durch die neueste historische Forschung gewonnen wurden. Die meisten Studien blieben in Konzeptionalisierung und Durchführung bei der idiografischen Analyse und bei der Beschreibung von Einzelthemen und Einzelkonstellationen stehen. Einer stark wachsenden Anzahl von Einzelforschungen, die auch vom Spezialisten kaum mehr zu überblicken ist,

²² Erwin Oberländer, Die Präsidialdiktaturen in Ostmitteleuropa – „Gelenkte Demokratie“?, in: ders. (Hrsg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, Paderborn 2001, S. 3–18, hier S. 6f.

²³ Zum Stand der Faschismusdebatte u. a. Schlemmer/Woller (Hrsg.), Faschismus.

²⁴ Vgl. Oberländer, Präsidialdiktaturen, S. 4.

²⁵ Vgl. Erwin Oberländer, Vorwort der Herausgeber, in: Oberländer (Hrsg.), Regime, S. VIII.

entsprechen also nur wenige nennenswerte Fortschritte in konzeptio-nell-theoretischer Hinsicht.

Ein anderer, in den letzten Jahren häufig gewählter Weg besteht in der Betonung der Gewalt als Spezifikum der Diktaturen des 20. Jahr-hunderts. Überzeugende konzeptionelle Lösungen sind von einer entsprechend boomenden (weil auch publikumswirksamen) vergleichen-den Gewaltgeschichte indes eher nicht zu erwarten. Allzu schnell zeichnet sich hier die Tendenz ab, politische Gewalt zu essentialisieren und damit gleichsam auf ein nicht weiter hintergeh- und hinterfragbares absolutes Böses zu reduzieren.²⁶ Am weitesten ist in diese Richtung wohl Timothy Snyder mit seinen „Bloodlands“ gegangen. Sein Buch wurde ein Bestseller, zog aber auch zu Recht harte Kritik auf sich. Das Buch ist in Snyders eigenen Worten „eine Geschichte politischer Massenmorde“. Zwischen 1933 und 1945 starben in den „Bloodlands“, also vor allem in Ostpolen, in der Ukraine, Weißrussland und den baltischen Staaten rund 14 Millionen Menschen eines gewalt-samen Todes – meist ermordet von nationalsozialistischen oder sowjetischen Tätern. Allerdings begnügte sich Snyder weitestgehend mit der Beschreibung der Gewalt, teilweise bis in die Einzelheiten. Eine analytisch fundierte Erklärung, wie die Dynamik beider Tötungs-maschinerien entstand und was sie antrieb, bleibt er dem Leser schuldig. Anstatt genauer herauszuarbeiten, warum die Taten von der einen und der anderen Seite kamen und ob – und wenn ja wie – sie sich kausal bedingten, gab sich Snyder damit zufrieden, endlose Parallelen zu ziehen. Sowjet- und Naziterror, Kulakenvernichtung und Judenver-nichtung stehen am Ende im Grunde unverbunden nebeneinander. Das einzige, was sie in Snyders Darstellung miteinander verbindet, ist die Tatsache, dass die Massenmorde in den „Bloodlands“ stattfanden. Der Erklärungswert des Buches ist infolgedessen ziemlich begrenzt, passt aber hervorragend in den Zeitgeist, der die totalitarismustheo-retisch untermauerte Identitätskonstruktion durch Opfergedenken in den Mittelpunkt stellt.²⁷ Hier drohen wissenschaftliche Rückfälle

²⁶ Diese Tendenz vgl. etwa auch bei Jörg Baberowski, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012. Ähnlich auch Christoph Marx, Mugabe. Ein afrikanischer Tyrann, München 2018.

²⁷ Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011. Vgl. zur Kritik u. a. Jürgen Zarusky, Timothy Snyders „Bloodlands“. Kritische Anmerkungen zur Konstruktion einer Geschichtslandschaft, in: Viertel-jahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 1–31; Timothy Snyder, „Bloodlands“.

hinter die differenzierteren konzeptionellen Angebote der 1970er und 1980er Jahre. Darüber etwa, dass Diktaturen „Ordnung durch Terror“ herstellen, lässt sich im Zweifel bei Hannah Arendt Substanzielles nachlesen.

2. Perspektiven

Dafür, dass die vergleichende Diktaturforschung in ihren systematischen Ergebnissen also etwas „hinkt“, lassen sich mehrere Gründe anführen. Am wichtigsten ist vielleicht die fortbestehende idiografische Konzentration der Geschichtswissenschaft auf den Nationalsozialismus, den Faschismus oder den Kommunismus. Angesichts der historischen Monstrosität dieser Diktaturen mit ihren globalen, bis heute fortdauernden Auswirkungen ist dies natürlich nicht verwunderlich und eine Strecke weit sogar geboten. Trotzdem sind Politik- und Geschichtswissenschaften gehalten, neue vergleichende Fragen an die in Rede stehenden Regime zu stellen. Das gilt auch und ganz besonders für die Einbeziehung außereuropäischer Diktaturen im 20. Jahrhundert. Bei der Entwicklung von Fragen für eine vergleichende historische Diktaturforschung sind globale und diachrone Perspektiven nützlich und anregend. Das Erkenntnisinteresse liegt dabei zwischen der rein individualisierenden Erforschung von Einzelthemen einerseits und den hoch abstrahierten Idealtypen politikwissenschaftlicher Provenienz andererseits.

Solche Fragen mittlerer Reichweite könnten zum Beispiel darauf zielen, welche Bedeutung Religionen als per se übernational gedachte Ordnungssysteme ausübten. Damit ist nicht das eher abstrakte und empirisch anfechtbare Konzept der „politischen Religionen“ gemeint.²⁸ Vielmehr sollte es darum gehen, welche Funktionen Religionen und ihre Vermittler in Diktaturen konkret übernehmen. Das im 20. Jahrhundert regelmäßig anzutreffende Motiv der gesellschaftlichen Regeneration und der daraus resultierenden religiös grundierten Moralisierung der Politik zu autoritären Herrschaftsmodellen weist vielfältige Berührungsflächen mit den christlichen Kirchen auf. Zum Beispiel

Eine Debatte über die Massenmorde der stalinistischen Sowjetunion und NS-Deutschland, in: *Journal of Modern European History* 11 (2013), S. 5–18.

²⁸ Vgl. Martin Baumeister, Faschismus als „politische Religion“, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), *Faschismus*, S. 59–72; Hans Maier, *Politische Religionen*, München 2007; Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*, Wien 1938.

wird die Rolle des Katholizismus für die Stabilisierung von Diktaturen und autoritären Regimen nach wie vor unterschätzt, dies gerade auch vor dem Hintergrund der zunehmend ins Blickfeld tretenden lateinamerikanischen Diktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Umgekehrt ist für die Militärdiktatur in Brasilien zwischen 1964 und 1985 gezeigt worden, dass sich nach anfänglicher Zustimmung beider christlicher Konfessionen das katholische Episkopat von der Diktatur abwandte, während die evangelische Kirche in Brasilien ihre Unterstützung der *Junta* fortsetzte.²⁹ Aber auch in anderen Kontexten, insbesondere natürlich in der islamischen Welt, ist die Frage relevant.

Eine wesentliche und dauerhaft aktuelle, zugleich aber systematisch zu stellende Frage richtet sich auf das Vorhandensein und die Struktur einer Massenbasis von Diktaturen. Damit ist ein zentrales typologisches Unterscheidungsmerkmal benannt. Für Diktaturen mit einer Massenbasis stellt sich die Frage nach ihrer plebisцитären Zustimmung. Gerade am Beispiel des Nationalsozialismus, weniger freilich des italienischen Faschismus,³⁰ ist diese Problematik ausführlich erforscht worden, und Konzepte wie das der „Zustimmungsdiktatur“ oder das der „Volksgemeinschaft“ haben zum tieferen Verständnis des NS-Regimes zweifelsfrei beigetragen.³¹ Gleichermaßen gilt für die zahlreichen Anknüpfungspunkte, die das NS-Regime – trotz seiner totalitären Herrschaftsausübung – den Menschen in ihren privaten Lebenskreisen und Hoffnungen bot.³² Zu unterscheiden sind hiervon Diktaturen ohne erkennbare Massenbasis, deren Funktions- und Legitimationsweise einer anderen Logik folgt. Das gilt namentlich für die kommunisti-

²⁹ Vgl. Richard Marin, *Les Églises et le pouvoir dans le Brésil des militaires (1964–1985)*, in: *Vingtième Siècle* 105 (2010), S. 127–144.

³⁰ Vgl. Paul Corner, *Italian Fascism*.

³¹ Vgl. Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany: Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014; Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007; Frank Bajohr, *Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg*, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), *Hamburg im „Dritten Reich“*, Göttingen 2005, S. 69–121.

³² Verwiesen sei auf das große Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, gemeinsam mit der Universität Nottingham, zu „Das Private im Nationalsozialismus“. Siehe hierzu demnächst: Liz Harvey/Johannes Hürtter/Maiken Umbach/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Private Life and Privacy in Nazi Germany*, Cambridge 2019.

schen Diktaturen, in denen ideologische Konstruktionen regelmäßig eine imaginierte Massenbasis erschufen. Aber auch außereuropäische Diktaturen beruhten in den selteneren Fällen auf einer Massenbasis, sondern überwiegend auf institutionell gewonnenen Machtressourcen wie insbesondere der Militär- und Polizeigewalt.

Das Problem der Massenbasis führt unweigerlich zum Thema des Diktators (beziehungsweise des engsten Herrschaftszirkels), womit ein kardinales Untersuchungsfeld für jegliche Diktaturforschung benannt ist. Ein wichtiger und innovativer Ansatzpunkt für eine künftige vergleichende Diktaturforschung läge hier in der Frage, wieweit der Diktator beziehungsweise der Macht ausübende Herrschaftszirkel selbst getrieben ist von der eigenen Rhetorik, der sie begründenden Propaganda und dem durch sie erzeugten persönlichen „Charisma“. Die vergleichende Diktaturforschung könnte in dieser Beziehung vieles lernen von der „funktionalistischen“ Deutung Hitlers und des NS-Regimes.³³ Denn es ist ganz generell sehr zweifelhaft, ob historische Sondierungen, die die Absichten und den „Willen“ eines Diktators erkunden wollen, zum Ziele führen. Überzeugender ist eine Ausgangshypothese, nach welcher Diktatoren in ihre Position kamen, indem sie – häufig zufällig – eine „Rolle“ fanden und spielten: zunächst propagandistisch, sodann innerhalb des eroberten und ausgebauten Herrschaftsapparats. Systematisch ließe sich danach fragen, inwieweit sich Diktatoren gewissermaßen selbst „beim Wort“ nehmen mussten, um vor ihren Anhängern glaubwürdig zu bleiben, um ihre einmal gewonnene Position zu behaupten und um das gewonnene „Charisma“ nicht zu verlieren. Der Zwang zur stetigen Beglaubigung der eigenen Position und Rolle³⁴ kann dann als eine der wirkungsmächtigsten persönlichen Antriebskräfte des Diktators und damit des von ihm geformten Regimes gelten.

Forschungen über Hitler und den Nationalsozialismus haben diese Probleme eingehend diskutiert.³⁵ Aber ihre Relevanz geht weit darüber hinaus und ist wahrscheinlich in der Geschichte jeder Diktatur

³³ Vgl. klassisch Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*.

³⁴ Vgl. M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 95–118.

³⁵ Vgl. klassisch: Martin Broszat, *Soziale Motivation und Führerbindung*, in: *Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 392–409; vgl. zuletzt Andreas Wirsching, *Hitlers Authentizität. Eine funktionalistische Deutung*, in: *Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte* 64 (2016), S. 387–417.

erkennbar. Der genannte Mechanismus lässt sich zum Beispiel sehr gut bei Slobodan Milošević beobachten. Inwieweit Milošević im postjugoslawischen Serbien eine persönliche Diktatur errichtete oder vielleicht eher ein sehr spezifisches „hybrides“ Regime gestaltete, spielt in diesem Zusammenhang keine entscheidende Rolle. Selbst ein hoher kommunistischer Funktionär und seit 1989 Präsident der serbischen Teilrepublik, sah er sich mit dem unaufhaltsamen Zusammenbruch des Kommunismus konfrontiert. Als neue Machtressource bediente er sich des Potenzials eines großserbischen Nationalismus, den er mit fortbestehenden kommunistischen Parteistrukturen verband. Es gelang ihm vor allem dadurch Anhänger zu gewinnen, dass er eine klare nationalistische Propagandasprache verwendete und konkrete Ziele wie die serbische Kontrolle über den Kosovo avisierte. Das bedeutete aber auch, dass Milošević die kollektive Kraft des serbischen Nationalismus und das Ferment der Minderheitenfrage im zerfallenden Jugoslawien brauchte, um eine dominante persönliche Rolle zu spielen. Um in dieser Rolle glaubwürdig zu bleiben, musste er sich allerdings sehr bald „beim Wort“ nehmen und Taten folgen lassen. Dies war der Mechanismus, der ihn auf die abschüssige Bahn der Gewalt sowie des Bürgerkriegs trieb und ihn schließlich vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag brachte.³⁶

Solche Interpretationsmodelle führen ohne Zweifel weiter, als die Diktatoren in Geschichte und Gegenwart immer wieder nur als „skrupellose Techniker der Macht“ zu apostrophieren.³⁷ Das waren sie selbstverständlich auch, aber nicht voraussetzungslos. Ähnliche Fragen lassen sich an den jahrzehntelangen Diktator Zimbabwes, Robert Mugabe, richten. Die neueste Biographie porträtiert ihn zwar als ursprünglich „schüchternen Bücherwurm“, wobei nicht ganz klar wird, warum er dann zum gewaltbesessenen Tyrannen mutierte. So arbeitet der Autor eine Vielzahl von überindividuellen Elementen heraus, die diesen Wandel erklären könnten, nicht zuletzt die Imprägnierung des Landes durch eine lange Tradition kolonialer Gewalt oder Mugabes Rekurs auf die Gewalt, um den eigenen Anspruch durchzusetzen. Auch hier gibt es einen eher kontingenten *Point of no Return* in der

³⁶ Vgl. hierzu Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 121–152.

³⁷ So der Tenor eines Nachrufs auf Milošević in der NZZ: Skrupeloser Techniker der Macht, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 12. 3. 2006, <https://www.nzz.ch/articleD-NQWI-1.17699> [24. 7. 2018].

Biographie des Diktators. Nachdem er lange als Lehrer in Ghana tätig gewesen war, kehrte Mugabe gelegentlich nach Rhodesien zurück und stolperte dort eher zufällig in die Politik. Dort einmal angekommen, inszenierte er sich selbst rhetorisch und unterwarf sich damit der spezifischen Logik postkolonialer Politik. Vieles in der Biografie von Christoph Marx handelt von solchen Faktoren, die den Protagonisten unter einen selbst gewählten Druck setzten und ihn zum Gewaltherrschер werden ließen. Implizit sagen sie mehr aus über die Natur seiner Person und Herrschaft als das interpretative Leitmotiv, wonach Mugabe „von Anfang an jedes Mittel recht war, um seine alles überschattende Machtgier zu stillen“.³⁸

Solche Urteile, wie wir sie über Hitler und Stalin,³⁹ Milošević und eben Mugabe, aber auch über viele andere Diktatoren kennen, neigen zur Essentialisierung der Gewalt und des Bösen. Damit blockieren sie aber das tiefere Verständnis und die historische Dynamik der infrage stehenden Diktaturen. Die Macht – auch die der Diktatoren – ist eben nicht „einfach da“⁴⁰ sondern sie ist die Resultante komplexer Wechselwirkungen und Interaktionen zwischen kollektiven Faktoren und individuellen Akteuren, geistigen und materiellen Kräften, historischen Voraussetzungen und politischen Aktionen. Diese Wechselwirkungen müssen immer auch in einem individualisierenden Verfahren erforscht werden. Zugleich aber ist es eine bleibende Aufgabe der Diktaturforschung, vergleichende Perspektiven zu gewinnen und hierfür weiterführende und konkret in der empirischen Arbeit nutzbare Konzeptionen zu entwickeln.

³⁸ Marx, Mugabe, Zitat im Klappentext.

³⁹ Vgl. Barberowski, Erde.

⁴⁰ So Thomas Nicklas, Macht – Politik – Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Politischen Kulturgeschichte, in: Archiv für Kulturgeschichte 86 (2004), S.1-25, hier: S.6.